Auszug aus **Streifzüge** bei **Context XXI**

(http://contextxxi.org/kapitaler-klimawandel.html)

erstellt am: 14. Oktober 2026
Datum dieses Beitrags: Juni 2007

Kapitaler Klimawandel

n ANDREAS EXNER ■
LOTHAR GALOW-BERGEMANN

Alle reden vom Wetter. Wer bei Klimawandel bis dato an vier Jahreszeiten dachte, denkt jetzt schon mal an den Untergang der Welt. Die jüngsten UN-Berichte zum Klimawandel haben beachtliche Aufregung verursacht. Nach Jahren postkatastrophischen Bewusstseins, wie es hieß, das Umweltprobleme nicht beseitigen, sondern in Form von Umweltrisiken managen wollte, vertieft sich nun ein Unbehagen, das der Risikodiskurs augenscheinlich nur mehr schwer bearbeiten kann.

Mancher Aktivist gegen den G8-Gipfel wähnt die Menschheit von finsteren Plänen „der Herrschenden" bedroht. Bei genauerem Hinsehen sind manche der Pläne, die jetzt allenthalben auftauchen, aber so finster gar nicht. Bemerkenswert, dass etwa George W. Bush mittlerweile akzeptiert, was in der globalen wissenschaftlichen Gemeinschaft seit Jahren beinahe ungeteilter Konsens ist: die Erwärmung des Weltklimas geht auf das Konto des Menschen, die schlimmsten Folgen sind zu erwarten. Beachtlich auch, dass die Staats- und Regierungschefs der EU in kürzester Frist beschlossen haben, erneuerbare Energien auszubauen. Bis 2020 sollen sie zwanzig Prozent der Energieversorgung decken. Der Europäische Rat zielt weiters darauf, die Energieeffizienz um zwanzig Prozent zu erhöhen und Treibstoffen zehn Prozent an Biokraftstoff beizumischen. Damit soll die Emission von Treibhausgasen um zwanzig Prozent unter den Wert von 1990 sinken – ein Ziel, das die Staats- und Regierungschefs der EU als verbindlich festgelegt haben. Die britische Regierung will gar die CO_2-Emissionen per Gesetz bis 2050 um sechzig Prozent reduzieren. *Der Spiegel* verfasst einen Nachruf auf den „Automann", Kanzlerin Merkel beschwört angesichts neuer Töne aus den USA die Bewahrung der europäischen Führerschaft in Sachen Umweltschutz und selbst die Verwalter des chinesischen Raubbau-„Sozialismus" beginnen an Umweltprogrammen zu zimmern. Sogar die Deutsche Bank verlangt von EU und Bundesregierung verbindlichere Vorgaben zur Reduzierung des CO_2-Ausstoßes, zur Steigerung des Ökostromverbrauchs und zur Verpflichtung der Fluggesellschaften auf den Klimaschutz *(Spiegel-Online,* 5.3.07). Es scheint, als setze sich nach vier Jahrzehnten weltweiter Umweltbewegung endlich auch in den Machteliten die Einsicht durch, dass der Katastrophe dringend gegengesteuert werden muss, ja als breche allenthalben der große Konkurrenzkampf um die beste Umweltpolitik aus. Dass es so nicht weitergehen kann, hat sich herumgesprochen und es wäre verfehlt, wollte man die verschiedenen Anstrengungen etwa als „unehrlich" und „Ablenkungsmanöver der Herrschenden" denunzieren.

Herrliche Zeiten für die Ökobewegung?

Ist das Kapital jetzt doch noch klug und weise geworden? Diese Antwort wäre genauso falsch wie eine Verschwörungsphantasie, die die „bösen Absichten der Herrschenden" als Ursache allen Elends begreift. Zu fragen ist vielmehr, ob nicht unsere herrschenden Beziehungsmuster Markt, Kapital und Staat selber der Realisierung solcher Ziele im Wege stehen. Denn so begrüßenswert die neue Sensibilität im herrschenden Diskurs ist, so fraglich bleiben die Erfolgsaussichten. Sprechen wir einmal nur von den Emissionen, so lautet die Aufgabe in etwa so: Die Treibhausgase in den G8-Staaten müssen bis zum Jahr 2020 um durchschnittlich dreißig Prozent und bis zur Mitte des Jahrhunderts um achtzig Prozent gegenüber 1990 reduziert werden (Greenpeace Österreich, 17.5.07). Laut dem jüngsten Report des UN-Klimarates müssen die weltweiten Kohlendioxidemissionen bis 2050 um fünfzig bis 85 Prozent sinken – verglichen mit den Werten aus dem Jahr 2000. Da sich das Bruttosozialprodukt im selben Zeitraum voraussichtlich (klammern wir die Möglichkeit einer Weltwirtschaftskrise aus) verdreioder vervierfachen wird, steigt allerdings auch der Energiebedarf und damit das Emissionsvolumen. Reduktionsziele sind folglich bei wachsender Wirtschaft umso schwerer zu erreichen. Nur mit einer drastischen Verminderung der Treibhausgas-Emissionen jedoch könne die Erwärmung im weltweiten Durchschnitt unter zwei Grad Celsius gehalten werden, meinen Experten. Wird dieser Schwellenwert überschritten, sollen die Folgen irreversibel und chaotisch sein, effektive Gegenmaßnahmen seien dann unmöglich.

Nun haben allerdings alle Rezepte, die jetzt en gros gehandelt werden, ein entscheidendes Manko: Sie wollen

die laufende, katastrophische Entwicklung ausgerechnet mit den Methoden desjenigen Wirtschaftssystems hinwegzaubern, das sie überhaupt erst hervorgebracht hat. Was schon daran deutlich wird, dass das heilige „Wir steigern das Bruttosozialprodukt" von keinem der Rezepteschreiber infrage gestellt wird.

„Das Wachstum der Weltwirtschaft ist klar mit der Verfügbarkeit von Energieressourcen verbunden", hieß es 1975 zur Gründung der G8 – damals noch als G6 – in der Rambouillet-Erklärung, die betonte, dass die G6 auch dazu entschlossen seien, „die Energiequellen, die unsere Volkswirtschaften für ihr Wachstum benötigen, zu sichern" (Peter Wahl, Wie die Spinne im Netz, unter: https://www.attac.de/heiligendamm07). Die Parole der G8 lautet 2007 beinahe so wie jene der G6 im Jahre 1975: „Unser gemeinsames Interesse erfordert es, dass wir auch weiterhin zusammenarbeiten, um unsere Abhängigkeit von Energieimporten durch Energiesparen und die Entwicklung alternativer Quellen zu reduzieren" (ebd.). Allerdings hat sich die Problemdefinition mittlerweile sichtlich um den Klimawandel erweitert. Für diesen rechnet nämlich Nicholas Stern, ehemaliger Chefökonom der Weltbank, in einer Studie „dramatische ökonomische Kosten" vor. Alleine schon die Art und Weise der Kenntnisnahme des Klimawandels ist bezeichnend für die Beschränktheit der marktwirtschaftlichen Sicht auf die Welt: Solange es „nur" um die negativen Folgen für Mensch und Natur ging, wurde er weitgehend ignoriert, gar seine Existenz überhaupt bestritten. Die Rede von den Kosten ist dabei zweischneidig. Einerseits ist die Sprache der Kosten – verquer genug – die einzige, die der Kapitalismus zulässt, um menschliches Leiden auszudrücken. Andererseits stören so genannte Umweltkosten als solche das Kapital nicht weiter. Im Gegenteil: Oft genug schlägt es Profit gerade aus den „Kosten". Das zeigt schon der normale Gang des Wirtschaftswachstums, worin ein steigender Anteil von Reparaturkosten als monetärer Zuwachs gilt.

Das Problem wird überdeutlich, wenn die betriebswirtschaftliche Rationalität gegen solche „an sich vernünftige" Pläne rebelliert. „Wir wollen Autos exportieren und keine Arbeitsplätze. Ich warne deshalb vor einer Politik, die die Produktion größerer Autos aus der EU vertreibt", argumentiert EU-Kommissar Verheugen gegen „hysterischen Aktionismus" in der Klimadebatte und bringt das Vaterunser der herrschenden Produktionsweise mit den Worten auf den Punkt: „Klimaschutz kann man nur sinnvoll betreiben, wenn man gleichzeitig die eigene Wettbewerbsfähigkeit sichert" *(Spiegel-Online,* 3.3.07). Dass es aber genau der eingebaute Zwang zur immerwährenden Konkurrenz um die größte einzelbetriebliche Kosteneinsparung und die beste Kapitalverwertung bei gleichzeitigem unendlichem Wirtschaftswachstum ist, der den Klimawandel erst hervorbringt, bleibt verschlossen, solange wir überhaupt in Kategorien von Kosten und Gewinnen denken. Die Automobil- und Flugzeugproduktion ist das beste Beispiel: Aus Kostengründen überqueren die Einzelteile buchstäblich den Planeten, bevor sie zusammengebaut und an den Käufer gebracht werden. Und kommen sie dann endlich zum Einsatz, so tun sie was? – Sie überqueren, wiederum aus Kostengründen, den Planeten.

Solare Befreiung, effiziente Atome

So heikel wie die Problemwahrnehmung sind schließlich auch die angepriesenen Rezepte. Manches Programm klingt ambitionierter, als es ist. Viele der klimaschädlichen Industrieanlagen der neuen EU-Beitrittsländer rosten – dem Zusammenbruch des Realsozialismus sei Dank – seit langem vor sich hin. Allein ihre Erweiterung beschert der EU somit quasi automatisch eine Reduktion der Emission von Treibhausgasen. Des Weiteren ist der Umweltdiskurs auffallend technokratisch. Die Frage danach, in welcher Art von Gesellschaft wir eigentlich leben, taucht selbst in der Ökologiebewegung kaum auf. Sie scheint – genauso wie die G8 – primär auf Energieeffizienz zu setzen. An zweiter Stelle folgt der Umstieg auf erneuerbare Energien – Förderung von Solar- und Windenergie, Ausbau der Wasserkraft und verstärkte Biomassenutzung. Dass wir eine andere Lebensweise brauchen, was schließlich auch bedeuten würde, Produktions- und Verteilungsweise drastisch zu verändern, davon ist im Rahmen der G8 erwartungsgemäß nicht die Rede. Aber auch ein großer Teil der Zivilgesellschaft kann sich scheinbar nichts anderes als „technologische Lösungen" vorstellen. Zwar wird in der Ökologiebewegung stärker als auf staatsoffiziellem Politikparkett betont, dass wir auf erneuerbare Energien umsteigen müssen, Effizienz allein keine Lösung ist. Einzelne Stimmen verknüpfen damit sogar die Hoffnung, dass die „solare Weltwirtschaft" (Hermann Scheer) auch soziale Freiheitsgrade bringt. Die Versorgung mit Energie von der Sonne benötige, schon aus technischen Gründen, dezentrale Strukturen. Wären die gigantischen Apparaturen und Verteilungsnetze der fossilen Energien einmal ausrangiert, so sei soziale Autonomie eine logische Folge. Doch bezeichnenderweise steckt auch in diesem Fall der Glaube an die Technik ab, was man sich an sozialer Veränderung erhoffen will.

Der technokratische Diskurs weist auch auf seinem eigenen Gebiet einige blinde Flecken auf. Zunächst marginalisiert er die Einsicht, dass unser Verbrauchsniveau insgesamt zu hoch ist. Was wollen wir eigentlich in welchen Mengen produzieren, und wie verteilen wir die Produktionsergebnisse? Rasch stellen sich solche Fragen, sprechen wir von Suffizienz, dem richtigen Maß. Sie verweisen auf Macht- und Produktionsverhältnisse. Es versteht sich von selbst, dass Suffizienz für die G8 kein Begriff ist. Wenn aber die Ökobewegung davor Halt macht, so ist das ein schweres Defizit.

Der Effizienzdiskurs ignoriert zum Zweiten, dass sich die Ära des billigen Rohöls ihrem Ende zuneigt, dass wir in diesen Jahren Peak Oil, also den Höhepunkt der Erdölförderung erleben. Die Erdölnachfrage wird in Zukunft nicht mehr in vollem Ausmaß befriedigt werden können, steigende Preise sind unausweichlich. Vorausgesetzt, die Abhängigkeit vom Öl bleibt bestehen, werden die Ölkonflikte zunehmen. Hält das Wirtschaftswachs-

tum der Schwellenländer weiter an und steigt deren Ölbedarf (wie zu erwarten), so werden die Folgen dieses Engpasses umso schlimmer. Ebenso dramatisch wäre es freilich, wenn die Produktion von Kunstdünger und Pflanzenschutzmitteln – sie hat Erdgas beziehungsweise Rohöl als wichtigen Ausgangsstoff – nicht Schritt hält mit dem wachsenden Bedarf oder deren Preise stiegen, ohne schon eine ökologische Alternative mit ausreichender Produktivität zur Hand zu haben. Ohne Kunstdünger würde die Weltbevölkerung rund dreißig Prozent mehr hochwertige Anbaufläche zusätzlich benötigen – dabei hat sich weltweit die landwirtschaftlich genutzte Fläche in den letzten vierzig Jahren trotz intensiver Agrarisierung nur um rund zehn Prozent erhöht (Fair Future, S. 50). Können arme Länder und Regionen nicht mehr wie bisher Agrarmaschinen mit billigem Öl betreiben und sich erdölchemische Produkte leisten, sind Hungerkatastrophen vorgezeichnet.

Es nimmt wenig Wunder, dass in dieser Situation die Karte Atomkraft neu ins Spiel kommt. Die Atomlobby wittert in der Klimaschutz-Debatte ihre Chance. Angesichts der geringen Bedeutung, die „Kernkraft" für die weltweite Energieversorgung hat – sie lieferte 2006 nur sechs Prozent der Primärenergie und sechzehn Prozent der verkauften Elektrizität (Atlas der Globalisierung, S. 18) – und der enormen Finanzmittel, die sie erfordert, kann sie der Energiekrise nicht substanziell begegnen. Ganz zu schweigen von den altbekannten Sicherheitsrisiken, die durch privaten und staatlichen Terrorismus noch verstärkt werden. Trotzdem stehen Weiterbetrieb, ja Ausbau oder gar massiver Relaunch der Atomenergie zu befürchten. Eine mindestens ebenso große Gefahr droht allerdings bei einem Rückgriff auf andere fossile Energieträger, vor allem auf die besonders klimaschädliche Kohle.

Palmen

Selbst beim forcierten Einsatz erneuerbarer Energien zeichnen sich bedrohliche Entwicklungen ab. Der Anbau von Biomasse beispielsweise ist durch die verfügbare Fläche begrenzt, sie gerät in Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion. Leider nimmt auch hier eine destruktive Branche ihre Chance wahr und will den Klimaschutz als Bonus für sich nutzen: die Gentechnik. Sie soll die Produktivität der Landwirtschaft erhöhen und so den Nutzungskonflikt entschärfen. Auch die Gentechnik freilich bringt aller Voraussicht nach Gefährdungen mit sich, die irreversibel und nicht beherrschbar wären. Mehr noch, sie verstärkt die umweltzerstörenden Seiten der Agroindustrie und untergräbt die Nahrungssouveränität noch weiter. Unser Energiebedarf ist zudem derart hoch, dass der Anbau von Biomasse intensivst erfolgen müsste. Das verschlänge wiederum entsprechende Ressourcen. Nicht zuletzt ist damit erst recht der breite Einsatz der Petrochemie (Kunstdünger, Herbizide, Pestizide, Fungizide) erfordert.

Schon jetzt zeigt sich, dass erneuerbare Energien ökologische und soziale Probleme eher noch verschärfen, solange das Kapital das Sagen hat. Laut UN-Energy-Bericht etwa ist der Preis für Mais wegen der steigenden Nachfrage nach Biokraftstoffen innerhalb eines Jahres deutlich angestiegen. Die internationale Organisation warnt darin vor einer Verteuerung der Lebensmittel, wenn die Nachfrage nach biogenen Treibstoffen weiter ansteigt. Der Bericht sieht auch Gefahren für die globale Wasserversorgung, werden mehr Flächen für die Biosprit-Produktion genutzt (http://esa.un.org/un-energy/).

In Südostasien werden Regenwälder abgeholzt, um Anbauflächen für Ölpalmen zu schaffen. Palmöl dient der Biodiesel-Produktion – Österreich muss Biodiesel importieren, da die heimische Produktion den (steigenden) Bedarf nicht deckt. Befinden sich die Palm-Plantagen auf torfigem Boden, so liegen die CO_2-Emissionen des so produzierten Biodiesels fünf Mal über dem Wert konventionellen Diesels. Auch im günstigeren Fall betragen die $CO_{2>}$-Emissionen mehr als bei konventionellem Diesel (http://www.greenpeace.at). Ähnlich bei Bio-Ethanol, das Benzin beigemischt werden soll. Wichtigster Produzent ist Brasilien, das Bio-Ethanol aus Zuckerrohr herstellt. Beim Anbau auf ehemaligen Regenwald-Flächen ist die $CO_{2>}$-Bilanz ebenfalls schlecht (ebd.).

Was satt macht und was nicht

Ist erst einmal die kapitalistische Wachstumsdoktrin akzeptiert, wird Natur als pure Ressource, als Rohstoffflager wahrgenommen, so erscheinen Atomenergie und Gentechnik leicht als ein kleineres Übel. In beiden Fällen führt uns aber der vermeintliche Ausweg noch tiefer in die Sackgasse. Unsere Art zu leben, unsere Produktions- und Verteilungsweise ist in zweierlei Hinsicht unhaltbar. *Erstens* ist der Nachschub an Energieträgern limitiert und *zweitens* ist die Aufnahmekapazität der Umwelt für Schadstoffe begrenzt, genauer gesagt schon lange überdehnt. Dennoch wird in praktisch allen Debatten über den ökologischen Umbau davon ausgegangen, dass Klimaschutz überhaupt nur bei weiterem Wirtschaftswachstum möglich ist. Diese Annahme ist absurd. Wie sollen der Ressourcenverbrauch und mit ihm die Emissionen dauerhaft auf ein geringeres Niveau zurückgeschraubt werden, wenn die Wirtschaft – in Geldeinheiten gemessen – Jahr für Jahr, um sagen wir, zwei Prozent zulegt? Es genügt dazu ja nicht, bloß den Verbrauch relativ zu reduzieren, sodass er langsamer wächst als das BSP. Er muss vielmehr absolut geringer werden. Setzte man zu diesem Zweck gänzlich auf eine Steigerung der Ressourceneffizienz, so müsste diese jeweils um etwa den Faktor 10 anwachsen, und das auf alle Zeit – solange jedenfalls, wie das BSP zunimmt. Dabei sollte uns schon ein Blick in die Geschichte des Kapitalismus skeptisch machen. Denn gerade dieses System hat ja all die Probleme mit genau den Mitteln erst in die Welt gesetzt, mit denen es sie nun lösen können soll. Was nutzen an sich sinnvolle Einsparungseffekte, wenn sie dadurch kompensiert werden, dass die Gesamtproduktion weiter steigt? Es hilft wenig, wenn der Ressourcenverbrauch je produziertem Auto sinkt, Autoproduktion und Fahrleistung aber im Ganzen wachsen.

Die Effizienz zu steigern ist ohne Frage nötig, und auch der Umstieg

auf erneuerbare Energien ist wesentlich. Doch solange wir nicht das Verbrauchsniveau senken, bleiben all diese Bemühungen ein Schlag ins Wasser. Eine Senkung aber kann nur gelingen, wenn uns der Wachstumszwang nicht mehr die Hände bindet. Dazu müssen wir grundsätzlich neue Wege gehen. Eine radikal andere Naturbeziehung, eine andere Beziehung zu uns selbst als begrenzten, bedürftigen, aufeinander angewiesenen Lebewesen eingeschlossen, ist dafür nötig. Eine andere Naturbeziehung ist nur möglich, wenn wir unsere sozialen Beziehungen verändern. Herrschaft über die Natur ist nur die andere Seite sozialer Herrschaft. Dabei müssen wir bis an die Basics gehen: Eine Wirtschaftsweise, die auf Kauf und Verkauf beruht, kann gar nicht anders als nach Profit zu streben. Geld macht nicht satt und genau aus diesem Grund ist das konkurrenzbedingte Streben nach Geldvermehrung, nach Wachstum unersättlich. Von dieser Einsicht ist die Ökologiebewegung leider noch recht weit entfernt. Doch zeigt gerade auch die jüngste Debatte, dass unerwartete qualitative Sprünge möglich sind. Immerhin dringt das Ausmaß der Bedrohung annähernd in das kollektive Bewusstsein vor. Das Unbehagen spiegelt sich im politischen Diskurs, der freilich alle Momente und Fragestellungen, die das System der Verwertungsbeziehungen destabilisieren könnten, aussortiert. Technologien und Branchen, die mit Verwertungsinteressen konform gehen und den spezifischen Anforderungen des kapitalistischen Energiebedarfs genügen, versuchen den potenziell systemgefährdenden Diskurs offensiv als Einstiegstor zu nutzen.

Der Kapitalismus hält viele Wege in die Katastrophe für uns bereit, das zeigt nicht zuletzt seine Geschichte. Doch Angst war immer schon ein schlechter Ratgeber. Was wir stattdessen brauchen, sind nüchterne Analyse sowie Mut und Entschlossenheit, für ein gutes Leben aller einzutreten. Sobald wir uns aus den gedanklichen Fesseln, die Markt und Kapital uns anlegen, lösen, gewinnen wir einen emanzipativen Spielraum, der überlebenswichtig ist.

Die Autoren sind erreichbar unter: GutesLeben@streifzuege.org

Andreas Exner: Geboren 1973. Studium der Ökologie. Gesellschaftskritischer Publizist, u.a. bei social-innovation.org aktiv.

Lothar Galow-Bergemann: Geboren 1953. Lebt in Stuttgart. Krankenpflegehelfer. Seit 68 in linken Zusammenhängen. Gewerkschafter und Personalrat. Freiwillig teilzeitarbeitslos.

Lizenz dieses Beitrags
CC by
Creative Commons - Namensnennung